

„Der Zukunft das Wasser reichen“

ANU Bundestagung 2008 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Gesundheit

Tutzing, 20.-22. Oktober 2008

Streitgespräch zur Privatisierung von Wasser

Norbert Rethmann, Aufsichtsratsvorsitzender Rethmann AG Co. KG, Selm
Jens LOEWE, Autor, Städtebündnis Wasser in Bürgerhand, Stuttgart
Moderation: *Dr. Bettina Weiz*, Bayerischer Rundfunk, München

Ein Streitgespräch zwischen NORBERT RETHMANN, Aufsichtsratsvorsitzender der Rethmann AG & Co. KG, und JENS LOEWE, Aktivist beim Wasserforum Stuttgart und dem Netzwerk Wasser in Bürgerhand, war sicher einer der Höhepunkte der dreitägigen Tagung „Der Zukunft das Wasser reichen“, zu der die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), das Bayerische Umweltministerium und die Evangelische Akademie Tutzing vom 20. bis 22. Okt. 2008 an den Starnberger See eingeladen hatten.

Der Streit hielt sich aber trotz aller Bemühungen der Moderatorin DR. BETTINA WEIZ vom Bayerischen Rundfunk in Grenzen. Denn in vielen Punkten waren RETHMANN und LOEWE nur graduell unterschiedlicher Meinung. RETHMANN am Schluss der Debatte: *„Der LOEWE ist mir gar nicht so unsympathisch – ich hätte Schlimmeres erwartet!“* Der Chef des weitverzweigten Wasser- und Kreislaufwirtschaftsunternehmens verstand es glänzend, sich als „Mittelständler“ positiv von den großen Wassermultis abzusetzen. Wobei „Mittelständler“ ein relativer Begriff ist, beschäftigt das stark expandierende Familienunternehmen Rethmann doch 35.000 Mitarbeiter in 22 Ländern und zeichnet beispielsweise in der Türkei für die Wasserver- und Abwasserentsorgung von vier Millionen Menschen verantwortlich. Innerhalb der Rethmann-Gruppe wird der Wasser- und Abwassersektor von REMONDIS besetzt. Aufgrund der Expertise von REMONDIS im Wassersektor forderte RETHMANN, dass es Zeit wäre, *„den Heiligenschein der öffentlich-rechtlichen Wasserversorgung auf die Seite zu schieben“*, denn private Wasserversorger könnten den Job genauso gut, wenn nicht besser erledigen. Und wenn die Produktion von Mineral- und Tafelwasser vollständig in privater Regie erfolge – und das ohne jegliche Beanstandung – dann müsse man fragen, warum man privaten Unternehmen den Zugang zur Wasserversorgung verweigern wolle und nicht in begrenztem Maße zulasse. (Dass man allerdings Mineralwasser überhaupt trinke, bezeichnete RETHMANN angesichts der Güte des Trinkwassers als ziemlichen Unsinn.). LOEWE hielt verschiedene nationale und internationale Beispiele dagegen, bei denen Privatisierung einhergegangen sei mit höheren Wasserpreisen und sinkenden Investitionen in die Leitungsnetze, denn im Vergleich zur öffentlichen Daseinsvorsorge müssten Private eben Geld verdienen. Sei das Wasser aber erst einmal kommerzialisiert, dann wäre eine Rückführung in die öffentliche Hand

„Der Zukunft das Wasser reichen“

ANU Bundestagung 2008 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Gesundheit

Tutzing, 20.-22. Oktober 2008

schwierig. Als höchst problematisch stufte LOEWE auch die sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäfte^(*) ein, durch die die Kommunen ihre Eigentums- und Mitspracherechte verlieren und weitere enorme Risiken zu ihren Lasten eingehen würden.

RETHMANN konstatierte, dass die Netze und Anlagen in öffentlichem Besitz bleiben sollten. Aber das Management der Dienstleistungen im Wasser- und Abwassersektor solle auf Zeit an private Unternehmen vergeben werden. Dass LOEWE die Verfügungsgewalt über die Wasserver- und Abwasserentsorgung komplett in kommunaler Hand behalten wollte, war einer der wenigen Dissenspunkte in der Debatte. Einig waren LOEWE und RETHMANN wieder in ihrer Kritik an der Vollprivatisierung der Wasserversorgung in Stuttgart und an der Teilprivatisierung in Berlin. *„Solche Verträge wie in Berlin hätten wir auch gerne“*, kommentierte RETHMANN sarkastisch die garantierte Rendite und die Geheimhaltung des Konsortialvertrages in Berlin. RETHMANN fügte allerdings hinzu, dass derartige missliche Verträge immer auch der Unterschrift der kommunalen Seite bedürfen. Berlin und Stuttgart seien für alle Seiten ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte.

Zur Person NORBERT RETHMANN:

NORBERT RETHMANN, der vor 15 Jahren nach Mecklenburg-Vorpommern übersiedelt ist, fungiert in seiner neuen Heimat als ehrenamtlicher Dorfbürgermeister. Gegenüber den Plänen des dortigen Wasser- und Abwasserverbandes konnte RETHMANN lt. eigener Darstellung zeigen, dass der Aufbau der Wasser- und Abwasserentsorgung in seinem Dorf zu 50 Prozent preisgünstiger zu bewerkstelligen ist. Trotz hoher rechtlicher Hürden sei es gelungen, aus dem kostentreibenden Wasser- und Abwasserverband auszutreten. Daraufhin sei die Rechtslage in Mecklenburg-Vorpommern dahingehend geändert worden, dass jetzt Austritte aus den kommunalen Zweckverbänden praktisch gar nicht mehr möglich seien, kolportierte RETHMANN. Der Firmenpatron sieht sich als Verfechter einer weitestgehenden Bürgerbeteiligung und Transparenz. Dies praktiziere er auch in seiner Gemeinde. Ein Beispiel hierfür sei, dass er den Anschluss- und Benutzungszwang abgeschafft habe. Sein philanthropisches Ansinnen komme auch dadurch zum Ausdruck, dass er in Mecklenburg-Vorpommern eine Stiftung für Nachhaltigkeit initiiert habe. *„Ich bin geprägt von einem christlichen Elternhaus und bin davon überzeugt, dass man sein Schicksal selbst in die Hand nehmen muss!“*. Inspiriert durch seine christliche Weltanschauung unternahme er auch große Anstrengungen, um in Mecklenburg-Vorpommern das ehrenamtliche Engagement der BürgerInnen zu fördern. RETHMANN bekannte zudem, dass von seiner ethischen Einstellung her Wasser auch bei uns einfach zu billig sei. Ein höherer Preis für Wasser würde bei vielen Menschen das Nachdenken über den Wert dieser Ressource fördern.

„Der Zukunft das Wasser reichen“

ANU Bundestagung 2008 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Gesundheit

Tutzing, 20.-22. Oktober 2008

Haben private Wasserunternehmen die spritzigeren Ideen?

Gegenüber öffentlich-rechtlichen Unternehmen nahm RETHMANN für sein Unternehmen in Anspruch, dass RETHMANN einfach innovativer sei. *„Wenn wir allein 70 Wissenschaftler beschäftigen, die sich nur Gedanken über die Fortentwicklung der Abfall- und Abwasserwiederverwertung machen, dann sind wir einfach innovativer!“* Beispielsweise sei REMONDIS führend bei der Entwicklung von Verfahren des Abwasserrecyclings und der Phosphorrückgewinnung aus Abwasser. Und gegenüber den großen Energiemultis setze sein Unternehmen voll auf die Dezentralisierung der Strom- und Wärmeproduktion. *„Die dezentrale Energiebereitstellung wird schneller den Markt erobern, als wir uns das vorstellen können“*, so die Prognose von RETHMANN. Der „Mittelständler“ postulierte bei seinem Innovationsvergleich ferner, dass kommunale Regiebetriebe durch ein Netz von DIN-Normen geknebelt würden. Demgegenüber müsse *„doch entscheidend sein, was hinten raus kommt“*. Wie man zum qualitativ guten Endergebnis komme, solle der kreativen Freiheit des Unternehmens überlassen bleiben.

JENS LOEWE betonte, dass er überhaupt nichts dagegen habe, wenn Firmen mit ihren Produkten Geld verdienen würden. Es sei aber unsinnig, wenn Kommunen ohne Notwendigkeit ihre öffentliche Wasserversorgung privatisieren würden. Grundbedürfnisse der Menschen wie die Luft zum Atmen und das Wasser, das wir trinken, dürfe man nicht verkaufen. Sie müssten vielmehr demokratisch organisiert und bereitgestellt werden. Das Standardargument, die privaten Versorger würden alles besser können, sei auch nicht belegbar. Im Umkehrschluss würde das ja heißen, die Wasserwerker, die seit vielen Jahrzehnten den BürgerInnen Wasser zu einem guten Preis, in einer guten Qualität kostendeckend zur Verfügung stellen, würden alle nicht effizient arbeiten.

„Der Zukunft das Wasser reichen“

ANU Bundestagung 2008 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Gesundheit

Tutzing, 20.-22.Oktober 2008

Zur Person JENS LOEWE :

JENS LOEWE ist freiberuflicher Künstler, Autor und Aktivist. Er ist 1958 im Ruhrgebiet geboren. Nach dem Besuch der Waldorfschule studierte er Grafik Design an der Merz-Akademie Stuttgart. 1986 gründete er das Atelier Bormann & Loewe und ist seitdem als freiberuflicher Künstler tätig. Er ist verheiratet mit der Malerin Suely Nunes Loewe (geb. Nunes da Silva, Brasilien) und hat zwei Kinder. Seit vielen Jahren kämpft JENS LOEWE gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser und Abwasser. Er ist Mitgründer des Stuttgarter Wasserforums, einer Bürgerinitiative, die seit Jahren um die Rekommunalisierung der Stuttgarter Wasserversorgung und gegen sogenannte Cross Border Leasing Verträge kämpft. Eines seiner Bücher „Das Wasser-Syndikat“ handelt unter anderem davon. Auch das bundesweite Städtebündnis „Wasser in Bürgerhand“ (W!B) hat LOEWE mitgegründet. In nationalen und internationalen Zusammenhängen prangert er den „Ausverkauf“ der Städte, des öffentlichen Eigentums, der Daseinsvorsorge durch politische Eliten an. Dem stellt er Modelle lebendiger Demokratie und Beteiligung gegenüber, in denen BürgerInnen mit großer Freude und Kompetenz selbst Verantwortung übernehmen und über die Angelegenheiten der Gemeinschaft entscheiden können. Er legt den Finger in die Wunden, die eine „elitäre, einseitig an Wirtschaftsinteressen ausgerichtete“ Globalisierung mit Hilfe von Handelsabkommen allen voran GATS oder TRIPS hervorbringen kann und beleuchtet die Rolle von WTO, IWF, Weltbank und EU kritisch. Im internationalen Netzwerk von WasseraktivistInnen, dem im WSFW (World Social Forum on Water), das auf dem 3. Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2003 entstanden ist, ist LOEWE ebenfalls engagiert. (www.wsfw.org). Er ist in verschiedenen Zusammenhängen in den Sozialforumsprozess eingebunden und arbeitet bei der jährlich stattfindenden Konferenz „Mut zur Ethik“ in Österreich mit.

Angesprochen wurde RETHMANN auf die führende Funktion von REMONDIS im Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE), der aggressiv auf eine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge hinarbeitet. RETHMANN bezeichnete dieses Engagement so lange als legitim, so lange sich Lobbyverbände nicht – wie geschehen – in den Ministerien einnisten würden. In der gemeinsamen Kritik an den großen Energiemultis erinnerte RETHMANN an die kommunalen Wurzeln von RWE und E.ON und beklagte, dass die Posten in den Vorstands- und Aufsichtsräten

„Der Zukunft das Wasser reichen“

ANU Bundestagung 2008 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Gesundheit

Tutzing, 20.-22. Oktober 2008

regelmäßig mit Kommunalpolitikern ohne unternehmerische Kompetenz besetzt worden seien.

Deutsches Wasser-Know-How in die Welt tragen?

NORBERT RETHMANN sprach sich in Tutzing dafür aus, die einmalig in Deutschland gebündelte Kompetenz im Wasser- und Abwassersektor in den internationalen Wettbewerb einzubringen. *„Das schaffen die kommunal verhafteten öffentlichen Betriebe nicht!“* . Um gegenüber den französischen Wasserriesen auf dem „Weltwassermarkt“ reüssieren zu können, wäre es doch schön, wenn sich die Privatwirtschaft mit ihrem Anlagen-Know-How gemeinsam mit den Kommunen mit ihrem Betreiber-Know-How in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (privat public partnership – ppp) gemeinsam auf den Weg in die Schwellenländer und nach Osteuropa aufmachen würden. Demgegenüber betonte LOEWE, dass die Weitergabe von deutschem Wasser-Know-How nicht mit einem Privatisierungsbedarf gleichgesetzt werden dürfe. Der Aktivist aus dem Stuttgarter Wasserforum äußerte in diesem Zusammenhang auch großes Misstrauen gegenüber den Millenniumszielen zur Halbierung des Anteils der Menschen, die keinen Zugang zu einer akzeptablen Wasserver- und Abwasserentsorgung haben. Denn die Millenniumsziele würden eine Privatisierungsagenda beinhalten, um den „Wassermarkt“ in den Schwellen- und Entwicklungsländern für die Megakonzerne aufzubereiten, so JENS LOEWE.

Als Alternative betonte LOEWE die Bedeutung von Beteiligungsprozessen in einer globalisierten Welt. Dadurch entstehe die Möglichkeit, Demokratie neu und vor allem anders zu begreifen als nur das Wählen von Parteien. Wenn Menschen moralische Kraft erzeugen und in das Zeitgeschehen einbringen würden, dann würde sich auch die Chance bieten, sich als einzelner Mensch an den Gegenwartsproblemen zu entwickeln. Dies gelänge besonders dann, wenn wir Demokratie als ein Prinzip betrachten würden, bei dem es letztlich und zu allererst um die Selbstbestimmung und damit um die Entwicklungsmöglichkeit des einzelnen Menschen, des Individuums gehe. Für die Umweltbildung und für uns alle würde es sich deshalb lohnen, genauer zu untersuchen, wie wir uns als Individuum den Zeitproblemen mit Zuversicht stellen können. Der Bürgerhaushalt in Porto Alegre sei dafür ein ermutigendes Beispiel. Die südbrasilianische Großstadt wurde von LOEWE als *„die Hauptstadt der Demokratie“* gelobt. Im langjährigen Prozess der aktiven Bürgerbeteiligung sei es Porto Alegre gelungen, die Anschlussrate an die öffentliche Wasserversorgung von 40 auf 85 Prozent hochzuschrauben. Gegenüber diesem exotischen Leuchtturmprojekt im weit entfernt liegenden Brasilien verwies RETHMANN auf die desolaten Zustände im fast benachbarten Weißrussland und in der Ukraine, wo sich sein Unternehmen um eine nachhaltige Verbesserung der darniederliegenden Siedlungswasserwirtschaft bemühe.

„Der Zukunft das Wasser reichen“

ANU Bundestagung 2008 in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Gesundheit

Tutzing, 20.-22. Oktober 2008

(*) Cross-Border-Leasing:

Cross-Border-Leasing (CBL) ist das Leasing über Nationengrenzen hinweg. CBL-Geschäfte werden durch höchst komplexe Vertragswerke geregelt, die bis zu 2000 Seiten in englischer Sprache umfassen und höchster Geheimhaltung unterliegen. Vereinfacht ausgedrückt funktioniert CBL ungefähr so: US-Investmentfonds mieten für 99 Jahre Infrastruktur im Ausland wie z.B. Wasser- oder Klärwerke oder auch Bürgersteige, Straßenbahnen etc., was nach amerikanischem Recht einem Kauf gleichkommt. Die vermeintliche Auslandsinvestition kann steuermindernd geltend gemacht werden, so dass der Investmentfonds dadurch Steuern sparen bzw. vermeiden kann. Die Kommune, die das Wasserwerk o. Ä. verpachtet hat, bekommt einen Teil der Steuerersparnis (2-8% des gesamten Transaktionsvolumens) und kann dadurch vorläufig ihren Haushalt aufbessern. Um aber das Wasserwerk, die Straßenbahn etc. auch weiterhin nutzen zu dürfen, muss die Kommune sie vom Investor 30 Jahre lang zurück mieten. Aufwendungen dafür kann auch die deutsche Kommune von der Steuer absetzen. Durch die unterschiedlichen steuerlichen Regelungen der Länder kommt es zur Fiktion zweier steuerlicher Eigentümer ein und desselben Objektes, die nunmehr beide - jeweils nach den Gesetzen ihres Heimatlandes - gleichzeitig dasselbe Objekt steuerlich abschreiben. U.a. wegen der langen Laufzeiten, den mit dem CBL verbundenen Risiken und Kosten für die Kommune, den rechtlichen Einschränkungen und Unsicherheiten und weil sie nicht transparent und wenig demokratisch abgeschlossen werden, sind CBL-Geschäfte höchst umstritten.

Tutzing, 22.10.2008

Nick Geiler, Caroline Fischer